

Redaktionsanschrift:

Ver.di Betriebsgruppe der MHH
OE 9510, z.Hd. Frank Jaeschke
Carl-Neuberg-Str 1
30625 Hannover

Tel: 0511 532 3991

Email: verdi@mh-hannover.de
www.verdi.de

die distel; Zeitung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die Medizinischen Hochschule Hannover (MHH), V.i.S.d.P.: Olga Kampf, ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser, Goseriede 10, 30159 Hannover, Tel: 0511 12400332, email: olga.kampf@verdi.de. Redaktion: ver.di Vertrauensleitung der MHH, Redaktionsschluss 17.09.2021; Printauflage: 500 Stück

Tarifforderung TV-L 2021

Am 26. August hat die Bundestarifkommission unsere Forderungen für die aktuelle Tarifrunde beschlossen

Im Wesentlichen bestehen diese aus:

- der allgemeinen Forderung nach 5% linearer Erhöhung, mind. aber 150 Euro,
- für das **Gesundheitswesen** abweichend ein **Plus von 300 Euro** (entsprechend einer durchschnittlichen Erhöhung von ca. 8-10%),
- für Auszubildende ein Plus von 100 Euro im Monat
- Bei einer Laufzeit von 12 Monaten,
- der Verlängerung der Vereinbarung zur Übernahme von Auszubildenden.

Außerdem wurden eine Reihe von „Erwartungen“ an den Arbeitgeberverband formuliert, die aber nicht ausdrücklich Bestandteil der Forderung sind, u.a.

- stufengleiche Höhergruppierung (nach dem Vorbild von Hessen),
- Erhöhung von Zeitzuschlägen,
- kostenloses ÖPNV-Ticket für Auszubildende,

- zeitgleiche Übertragung der Ergebnisse auf die Beamten
- eine Verhandlungspflicht eines Tarifvertrags auch für stud. Hilfskräfte
- und eine Aufnahme der schon beim letzten Tarifabschluss zugesagten Neuverhandlung der Entgeltordnung.

Noch am gleichen Tag gab es für die angemeldeten Tarifbotschafter*innen eine exklusive Videokonferenz in der die Forderungen inkl. einiger Hintergrundinformationen zum Zustandekommen der Forderung, vorgestellt wurden.

So war z.B. ein Gesichtspunkt für die Höhe der allgemeinen Forderung die aktuelle Inflationsrate. Hier wird über das Gesamtjahr gerechnet von ca. 2,5 % ausgegangen.

Die höhere Forderung **für alle Mitglieder im Gesundheitswesen** wurde mit den starken Belastungen durch die Coronakrise, aber auch durch die aktuell hohe Unterstützung in der Bevölkerung begründet.



Frank Werneke
ver.di-Vorsitzender

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder halten in der Pandemie den Laden am Laufen und haben sich Anerkennung – auch finanzielle – verdient. Gehaltssteigerungen sind außerdem angesichts steigender Preise zwingend notwendig.“

Tarifforderung TV-L 2021

Fortsetzung von Seite 1:

Betont wurde allerdings, dass die Arbeitgeber trotzdem, auch mit Hinblick auf die angespannte Finanzlage der Länder, nichts „von sich aus“ verteilen werden, sondern uns ein harter Arbeitskampf bevorstehen wird. Deshalb ist eine hohe Aktionsbereitschaft aller Arbeitnehmer*innen gefordert. Coronabedingt werden diese erst einmal hauptsächlich „vor Ort“ stattfinden.

Die Verhandlungen beginnen am 8. Oktober 2021. Als weitere Termine stehen schon der 1. und 2. und der 27. und 28. November fest. Das heißt, ab dem 9.10.21 könnten erste Arbeitsstreiks beginnen.

Nach diesen Informationen hatten die über 400 teilnehmenden Tariffortschafter*innen die Chance, Fragen beantwortet zu bekommen. Diese Gelegenheit wurde auch ausgiebig genutzt, hier einige Beispiele: So gibt es z.B. keine Forderung nach einer Coronazu-

lage, weil mehr Wert auf eine möglichst gute lineare Erhöhung gelegt wurde.

Auch Forderungen in Richtung einer verringerten Arbeitszeit werden **in dieser Tarifrunde** nicht gestellt, da aktuell wenig Chancen auf Durchsetzbarkeit während der Pandemie gesehen werden und man dieses wichtige Thema nicht „verbrennen“ möchte. Die Verhandlungen werden schon aufgrund der Arbeitgeberforderung nach einer geänderten Beurteilung der „Arbeitsvorgänge“ (s. Erklärvideos auf der mhh-verdi-Internetseite) schwierig genug.

Ähnliches gilt für Themen wie Altersteilzeit.

Auch nach dem „Dauerbrenner“ exklusiver Leistungen nur für ver.di-Mitglieder wurde gefragt. Hier wurde darüber aufgeklärt, dass diese nicht rechtssicher durchzusetzen seien.

Für alle Interessierten war die Konferenz eine gute Möglichkeit, aktuell auch mit Hintergrundinformationen zur laufenden Tarifrunde versorgt zu werden.

Mehr von uns, ist besser für alle...



...das war der Leitspruch der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die am Samstag, dem 13. September in Hannover für bessere Arbeitsbedingungen in ihren Kliniken und Heimen demonstriert haben.

Der von ver.di organisierte Protestzug setzte sich Richtung Finanzministerium in Bewegung, entlang der Zentrale der Region Hannover und an der Markthalle vorbei bis zurück zum Steintor.

Dort stellten sich die Spitzenkandidat*innen von SPD, Bündnis90/die Grünen, FDP und Die Linke den



kritischen Fragen der Demonstrierenden. Von der CDU wurde kein Abgeordneter entsandt.

Jede/r Kandidat*in sprach sich deutlich für eine Verbesserung im Gesundheitswesen aus, wobei einzig die FDP einen anderen Weg einschlagen wollte. Diese ist der Überzeugung, dass es gute Versorgung auch in einem wirtschaftsorientierten Gesundheitssystem geben kann. Der Unmut der Demonstranten war deutlich zu spüren und mit "Buh"-Rufen untermalt.

Alle anderen Kandidat*innen sprachen sich, mehr oder weniger deutlich, für eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung aus.



Pausengespräch:

„Hallo Sven“, sagt Susanne. „ich wollte dir noch was mitteilen.“

„Oh, was hast Du denn?“ Sven stellt seine Tasse zur Seite.

Susanne holt tief Luft: „Ich möchte mich verändern und in 3 Monaten einen neuen Job annehmen.“

„Das ist schön für Dich.“ bemerkt Sven „Bekommen wir dann jemand Neues?“

„Ich habe schon mit dem Chef gesprochen. Wir bekommen jemanden, die Gabi. Die kann in einer Woche kommen und sich bei uns einarbeiten. Leider muss sie dann aber die Dienste, die sie vorher gemacht hat, trotzdem in ihrer alten Abteilung abdecken.“

Sven guckt Susanne verdutzt an. „Wir soll das denn gehen? Gabi ist während des Dienstes nicht bei uns und hat nach den Diensten frei. Dann fehlt bei uns ja wieder jemand.“

„Ja, da hast Du recht. Das habe ich ihn auch gefragt. Der Chef meinte darauf, er hat auch keine Leute und das dies alles ist, was er für uns machen kann. Die Arbeit müssen wir halt anders verteilen. Das müsst Ihr halt organisieren. Er sagte noch: Ihr habt doch jetzt jemanden. Wenn es ganz eng wird, muss er schauen wie viele Leute er an dem Tag hat und ob er uns noch jemanden schicken kann, Hannah hätte auch Interesse signalisiert.“

„Aber Hannah ist doch dann gar nicht eingearbeitet!“ erregt sich Sven.

„Den Einwand hatte ich auch, aber darauf sagte der Chef, Hannah kann ja, wenn sie Zeit hat, mal bei uns reinschauen.“

„Aha, ist ja toll. Mal sehen was das wird. Wer soll Hannah denn einarbeiten? Nebenher haben wir dazu keine Zeit.“

Die Dienstvereinbarung zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen:

www.mhh.de/die-mhh/personalrat/dienstvereinbarungen

Kommentar zur Strategie von PM 4

Seit März 2021 hat die MHH ein neues, viertes Präsidiumsmitglied, Herrn Andreas Fischer, für den Bereich Infrastruktur. Der Geschäftsbereich III ist jetzt Herrn Fischer unterstellt und zu der Frage von Eigenleistung oder Fremdvergabe hat Herr Fischer im Interview mit dem Personalrat (Personalrat Aktuell Ausgabe August 2021) Stellung genommen.

Er sagte: *„Ich möchte dafür werben, dort wo es sinnvoll ist, wieder mehr in Eigenleistung zu erbringen. Aus den Einsparungen der Mehrwertsteuer können wir zusätzliche Fachkräfte aufnehmen.“* und *„Wenn wir als MHH-Familie weiterhin den Bestand betriebssicher halten wollen, ist dafür eine auskömmliche personelle Besetzung mit geschulten Fachkräften erforderlich.“*

Die verdi-Kolleg*innen fordern schon seit langem weniger Fremdvergabe und mehr Eigenleistung mit ausreichendem Fachpersonal, doch genau da liegt das Problem. Durch Eintritt in das Rentenalter, Kündigung oder Langzeiterkrankungen wurde gerade das "ausführende Personal" an der MHH verringert. Die

Menge an Arbeit durch gestiegene Wartungsanforderungen oder Reparatur, neue gesetzliche Anforderungen oder Zuwachs an Gebäuden und Flächen hat sich aber erhöht. Die sich daraus ergebenden Lücken wurden durch die Fremdvergabe von Leistungen oder in den Bereichen, wo die MHH noch selbst tätig ist und Personal fehlt, durch Leiharbeitskräfte kompensiert.

Da das Präsidium beschlossen hat, die Anzahl der Leiharbeitskräfte zu reduzieren (ebenfalls PR aktuell 8/21) und daher z.B. im GB III zur Zeit grundsätzlich keine Leiharbeit verlängert wird, spitzt sich die Situation in einigen Bereichen zu.

Aussagen wie "…wenn die Leiharbeitskraft jetzt auch noch wegfällt, weiß ich nicht mehr, wie wir das noch schaffen sollen!" oder "… da laufen doch jetzt schon etliche Überlastungsmeldevorfahren" hören wir von den Kolleg*innen aus den Bereichen immer häufiger. Dieses Problem muss gelöst werden, deshalb:

ERST Ersatz für die wegfallenden Leiharbeitskräfte bereitstellen, bevor die Leiharbeitskräfte abgezogen werden und ERST Personalaufbau, bevor fremdvergebene Aufgaben zurückgeholt werden.

Pflegenetzwerktreffen, August 21

Rückmeldungen der Pflegekräfte zur Übernahme von Tätigkeiten aus dem ärztlichen Bereich



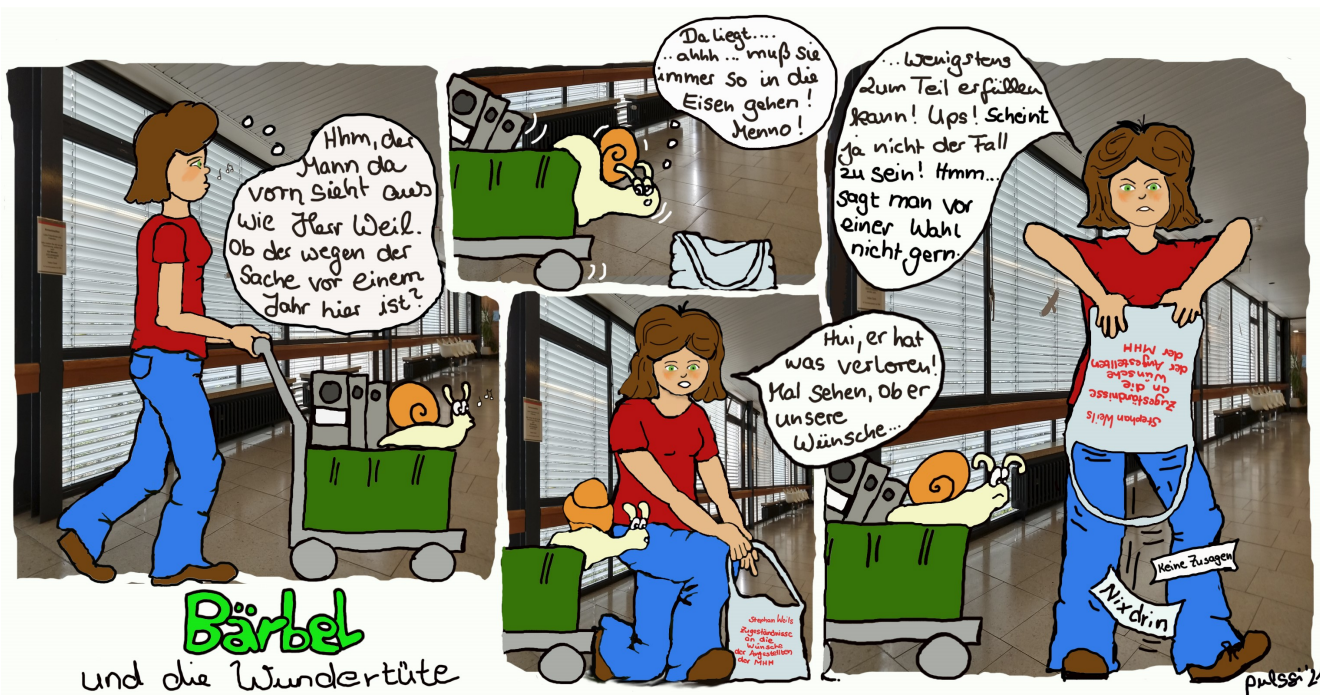
Wir stellten in unserem Treffen fest, dass Pflegekräfte diese Tätigkeiten grundsätzlich gern übernehmen, weil u.a. dadurch die Versorgungsqualität der Patient*innen, bspw. durch pünktliche Gabe von iv. Medikamenten, verbessert wird. Das meint nicht, dass ärztliche Kolleg*innen nicht zuverlässig sind, sondern nicht immer für die pünktliche Gabe von iv.-Medikamenten verfügbar sind.

Pflegekräfte wünschen sich aber auch „die Ausnahme von der Regel“. Die Rückdelegation der Tätigkeiten unter definierten Umständen sollte möglich sein, so dass bei plötzlichem Pflegepersonalausfall wie durch Arbeitsunfähigkeit verbindliche Absprachen mit den ärztlichen Kolleg*innen zur Entlastung getroffen werden können.

Pflegekräfte brauchen die in der abgeschlossenen Dienstvereinbarung (DV) versprochenen Unterstützungskräfte, welche pflegeferne Tätigkeiten oder Blutentnahmen übernehmen bzw. im Medikamentenmanagement unterstützen. Wichtig hierbei ist, dass Unterstützungspersonal nicht auf den Stellenplan der Pflege angerechnet wird, denn Stellenpläne wurden nicht angepasst! Unter diesen Bedingungen wurde nur zögerlich Unterstützungspersonal eingestellt, weil das im Umkehrschluss bedeutete, dass weniger Pflegepersonal eingestellt werden konnte.

Die Pflegekräfte wünschen sich, dass intravenöse Erstgaben grundsätzlich vom ärztlichen Dienst übernommen werden.

...und zum Schluss noch eine allgemeine Anmerkung: Es herrscht Bestürzung darüber, dass die Dienstvereinbarung zwar gut gedacht war, aber nie richtig umgesetzt wurde: Keine einzige der drei Evaluationen, um den zusätzlichen Aufwand für das Pflegepersonal aufzunehmen, wurde durchgeführt! Die Entlastung durch Unterstützungspersonal hat nicht stattgefunden. Das Budget der Stationen wurde nicht aufgestockt, um Unterstützungspersonal zu bezahlen.



Ende August besuchte der Ministerpräsident Stefan Weil eine Personalratssitzung an der MHH. Ver.di Mitglieder des PR berichten, dass Herr Weil wieder keine befriedigende Zusagen zu Stufenvorweggewährungen, Krankenhausfinanzierung oder Reduzierung befristeter Verträge mitbrachte.

ver.di VERTRAUENSLEUTE AKTIVE IM BETRIEB

KOMPETENT . KRITISCH . KREATIV